

Otto Grotewohl 52 Jahre alt

Jugend voran beim Aufbau!

Am 11. März vollendet Otto Grotewohl sein 52. Lebensjahr. In den wenigen Monaten, seit die Sozialdemokratische Partei wieder besteht, ist er zum unbestrittenen Führer geworden. Zwar kannten ihn die Funktionäre der Partei schon vor 1933 als Reichstagsabgeordneter, als Minister von Braunschweig oder als Schriftsteller in sozialpolitischen Zeitschriften, aber ein populärer Mann im echten Sinne dieses Wortes wurde er erst jetzt in der kurzen Zeit seit der Neugründung unserer Partei. Nicht nur die Parteimitglieder, sondern das ganze deutsche Volk kennt seinen Namen. Jeder, der ihn reden hört, wird sofort gefesselt von dieser eigenartigen Persönlichkeit, die starke Verständesgabe verbindet mit tiefem Glauben an die Kraft der sozialistischen Idee.

Das merkwürdige an diesem Manne ist, daß er beinahe gegen seinen Willen berühmt wurde, denn er ist seiner ganzen Natur nach keineswegs geneigt, sich in den Vordergrund zu stellen. Aber sein starkes Pflichtbewußtsein der Idee gegenüber erlaubt ihm nicht, sich irgendwo einer Verantwortung zu entziehen, die ihm aus den objektiven Umständen heraus wächst. Er war einer der Männer, die trotz aller Verfolgung durch die Nazischeren immer wußten, daß die sozialistische Arbeiterschaft noch eine große historische Aufgabe zu erfüllen hat, und für die Erfüllung dieser Aufgabe fühlte er sich persönlich zu jeder Stunde der schweren zwölf Jahre verantwortlich.

Am stärksten machte sich die Wirkung der Persönlichkeit Otto Grotewohls bemerkbar in den letzten Monaten, seitdem die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Debatte steht. Wenn in dem Für und Wider



schon nach kurzer Zeit eine ganz klare Entscheidung getroffen werden konnte, denn ist das wieder zu einem nicht geringen Teil eine Wirkung der Überzeugungskraft Otto Grotewohls, der ganz klar die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft den Parteimitgliedern zum Bewußtsein zu bringen verstand und der jeden durch seinen Glauben an die bessere Zukunft des

deutschen Volkes mit Zuversicht und Arbeitsfreude zu erfüllen vermag.

Otto Grotewohl ist der reipe Typ des sozialdemokratischen Funktionärs, der schon im Elternhause die Grundideen des Marxismus kennen lernte und der mit dem Glauben an eine bedeutungsvolle Zukunft das stolze Bewußtsein einer großen Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterschaft verbindet. Zu seinem Geburtstag wünscht ihm nicht nur die ganze sozialdemokratische, sondern die gesamte sozialistische Arbeiterschaft Glück und Gesundheit, denn solche Männer wie er werden in der Sozialistischen Einheitspartei noch wirksamer sein als in der Sozialdemokratischen Partei allein. Erst in der neuen Partei wird sich dieser überzeugungsstarke Mann voll auswirken und entfalten können; denn seine Lebensaufgabe war es von jeher, der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft die Führung im deutschen Staate zu erkämpfen und dieser Kampf kann erst durch die Sozialistische Einheitspartei zum Siege führen.

E. T.

Glückwunsch der Partei

Der Provinzialvorstand der Sozialdemokratischen Partei sandte das folgende Telegramm an den Genossen Grotewohl:

Herzliches Glückwunsch zum Geburtstag und zugleich Dank und Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit von geschichtlicher Bedeutung zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft und des ganzen deutschen Volkes übermitteln Dir im Namen der über 120 000 Sozialdemokraten der Provinz Sachsen der Vorsitzende der SPD der Provinz.

Ernst Thage.

Sitzung des Kontrollrates Kommuniké

Am 8. März fand in Berlin die ordentliche Sitzung des Kontrollrates unter dem Vorsitz von Armeegeneral Sokolowski statt. Auf der Sitzung waren General Clay, General Robertson und General Koeltz anwesend.

Der Kontrollrat nahm an und unterzeichnete das Gesetz Nr. 18 — das Wohnungsgesetz — das am 14. März 1946 veröffentlicht wird.

Der Kontrollrat prüfte den Bericht des Koordinierungskomitees über den Reparationsplan sowie über den Stand der deutschen Nachkriegswirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz und beauftragte das Koordinierungskomitee mit der weiteren Behandlung dieser wichtigen Frage. Insbesondere beauftragte der Kontrollrat das Koordinierungskomitee, einen Bericht über die Durchführung militärischer und industrieller Abrüstung Deutschlands und über die Schaffung von Bedingungen, unter denen Deutschland niemals mehr den Frieden bedrohen könnte, vorzubereiten und dem Kontrollrat vorzulegen.

Giral zu spanischer Lage

Paris (SNB). Wie Reuter meldet, sagte Giral in Paris bei einem Interview zu dem Korrespondenten des „News Chronicle“, das Franco-Regime hätte sich als 20 Jahre alte Angelegenheit, wenn Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen und die Zufuhr von Baumwolle, Öl und Gummi nach Spanien gesperrt hätten.

Labourpartei gegen Churchill-Rede

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, haben 40 Abgeordnete der britischen Labourpartei im Unterhaus beantragt, daß Churchills Vorschläge in seiner Rede in Fulton für ein Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten zurückgewiesen werden.

London (SNB). Einer Assoziationsmeldung zufolge befürchtete sich „Daily Herald“ mit den Erklärungen Churchills. In dem „Churchills Keue“ betitelten Artikel nimmt die Zeitung zur Rede in Virginia Stellung und schreibt: „Es scheint, als habe Churchill schon seinen Aufruf zugunsten einer engen militärischen Allianz abgeändert. Es besteht ein weitverbreiteter Unterschied zwischen einem Herzensbündnis, das auf Idealen gegründet ist, die im übrigen nicht genau bestimmt werden, und einer militärischen Allianz zweier zur UNO gehörenden Mächte, die das Gleichgewicht dieser Organisation zerstören werden.“

Fünfjahresplan in Norwegen

Oslo (SNB). Nach einer Meldung des norwegischen Telegraphenbüros wurde Norwegens nationale Bilanz, enthaltend seines Fünfjahresplans für den Wiederaufbau des nationalen Lebens in Industrie und Handel, vom norwegischen Finanzministerium veröffentlicht. Der Zweck ist, den privaten Verbrauch im Jahre 1950 wieder auf das Niveau dessen von 1939 zu heben.

Betriebsräteklasse Heraus zum Wettbewerb und Betriebsräte:

In der Mitgliederwerbung des FDGB vom 11. bis 24. März 1946

Organisiert die Werbung im Betrieb und fordert die Belegschaften gleichgearteter Betriebe zum Wettbewerb auf.

Die Erfassung der gesamten Belegschaft muß das Ziel sein.

Die Gewinnung der werktätigen Frauen ist vordringlich und wird besonders gewartet.

Die gesamte Belegschaft im FDGB

Ein Vorbild für alle

Die Belegschaft der Finkenreeder Obstwerke Bitterfeld ist hundertprozentig im FDGB organisiert. In den wenigen Monaten der bisherigen Aufbauarbeit sind beachtliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse innerhalb des Betriebes erzielt worden.

In einer Belegschaftsversammlung in der einleitend Genosse Naumann vom FDGB über die Kreis-, Bezirks- und Zonenkonferenz berichtete, legten Betriebsrat und Betriebsleitung Rechenschaft ab über ihre bisher auf sozialem Gebiet geleistete Arbeit. Zwei Kollegen des Betriebes sind im Einvernehmen mit dem FDGB in die Betriebsleitung eingereiht worden. Ihnen ist es zu danken, daß das Werk heute die Löhne der Frauen und Jugendlichen ihrer Arbeit entsprechend zahlt. Es wurde eine vorbildliche Unterstützungskasse eingerichtet. Eine Frauenabstube sorgt für die Beschaffung von Arbeitskleidung. Die Werkstücke ist in Aussicht ge-

nommen. Die Werkleitung bringt volles Verständnis für die sozialen Fragen der Belegschaft auf. Es konnten in dieser Versammlung 180 Paar Strümpfe verlost werden, die mit Hilfe des FDGB beschafft worden waren.

Salzweid liefert Vieh in Notstandsgebiete

Da der Kreis Salzweid von größeren Kriegsschäden verschont geblieben ist, kann er den an seine Viehwirtschaft gestellten hohen Anforderungen voll nachkommen. Der Kreis liefert seit Monaten Nutz- und Zuchtvieh (Pferde, Hornvieh, Schweine) in Notstandsgebiete (Brandenburg, Mecklenburg). Nur planmäßige Viehwirtschaft und ihre ständige Kontrolle durch Beauftragte in den einzelnen Gemeinden sichern neben der eigenen Fleischversorgung des stark von Umsiedlern belegten Kreises die laufende Erfüllung der großen außerbetrieblichen Kontingente.

Gerät für die Frühjahrsbestellung rollt an



Von Jugendreferent Walter Ulbrich.
Der Jugendausschuß der Provinz Sachsen wendet sich in einem Aufruf an die Jugend und schlägt ein Sofortprogramm vor, das den Anteil der Jugend an der Aktion „Einheit und Aufbau für Volk und Heimat“ des Antifascistischen Blocks umreißen soll.

Im Vordergrund steht die Aufgabe, die Jugend den Aufbauarbeiten zuzuführen. Die Zeit, wo die nazistische Kriegswirtschaft einseitige Spezialberufe züchtete, ist ebenso vorbei wie die verbrecherische Illusion, über den Arbeitsklaven anderer Völker ein bequemes Herrenleben zu führen. Der Neuaufbau unserer zerstörten Heimat bleibt unsere uestigste Aufgabe, die uns niemand abnimmt. Die Arbeitskraft der Millionen junger Deutscher, die im Krieg nutzlos geopfert wurden, muß durch Frauen und Mädchen ersetzt werden, indem ihnen Berufsberatung und Ausbildung, die bisher von Männern ausgeübt wurden, damit männliche Jugendliche in die Bauberufe strömen. Diese Umschichtung der Berufe muß zugleich mit der Verteilung der Lehrstellen durch das Amt der Arbeit erfolgen. Unsere Sorge gilt aber auch den Heimkehrern und besonders den Kriegsbeschädigten, für die geeignete Berufe gefunden und entsprechende Arbeitsplätze notfalls freigemacht werden müssen.

Mit der Aufforderung zur Bildung von Jugendwerkgemeinschaften und Stoßbrigaden wird an die Initiatoren der Jugend appelliert, durch Arbeitsenthusiasmus und kameradschaftliche Zusammenarbeit zu einem neuen Verhältnis zur Arbeit und damit zur Leistungssteigerung zu gelangen. Besondere Bedeutung gewinnen diese insbesondere bei der Frühjahrsbestellung. Wenn z. B. in Genthin eine Traktorenbrigade von Jugendlichen aufgestellt wurde, bei der ein 16jähriges Mädchen bereits im Vorjahr als Traktorenführerin bewiesen hat, was sie leisten kann, wenn im Krebsfeld Weizen, Getreide und Gemüse angebaut werden, wenn die Reparaturkolonne von Jugendlichen tätig ist, wenn bei der Brabag in Zeitz eine Stoßbrigade von 50 Jugendlichen besteht, die überall dort eingreift, wo plötzlich Engpässe bestehen, dann zeigen diese Beispiele, daß die Jugend gewillt ist, ihren besonderen Beitrag im Neuaufbau und insbesondere in der Frühjahrsbestellung zu leisten.

Das Sofortprogramm stellt aber nicht nur Forderungen an die Jugend. Es verlangt umgekehrt, daß diese erhöhten Leistungen ihre Anerkennung finden müssen. Neben dem „Gleichen Lohn für gleiche Leistung“ steht die Forderung nach Höherbewertung der Aufbauberufe überhaupt, Prämien und Sonderzuwendungen, Ferien und Erholungsurlaub, Förderung für das Hochschulstudium sollen in erster Linie den Jugendlichen zugute kommen. Sie sollen sich tatkräftig für den Neuaufbau unserer Heimat einsetzen. Auch hier wurde dieser Weg bereits von einigen Großbetrieben, wie z. B. Buna und Leuna, beschritten, indem sie Jugendliche, die sich bei der Beseitigung der Trümmer in den Werken bewährt hatten, zu einem 14tägigen Erholungsurlaub nach Stoberg schickten. Wichtig ist auch die Forderung der Jugend nach Vertretung im Betriebsrat, die ihre notwendige Ergänzung findet in der von der aktiven Jugend erbobenen Forderung nach Vertretung der Jugend in allen entscheidenden Körperschaften, sei es in den Antifa-Ausschüssen oder in den Komitees zur gegenseitigen Bauernhilfe.

Die Jugend wird zu diesem Sofortprogramm Stellung nehmen, überall wo sie zusammenkommt, im Betrieb, in der Schule und Universität, in den Jugendgruppen der Jugendausschüsse der Freien Deutschen Jugend. Sie wird beschließen, welche bestimmte Aufgaben sie übernehmen wird insbesondere in der Frühjahrsbestellung. Sie wird das Sofortprogramm verwirklichen, weil sie weiß: Wir bauen unsere Zukunft, ein glückliches, demokratisches Deutschland — unser Vaterland!

Achtung!

Jugendreferenten der Kreise und kreisfreien Städte!

Am Mittwoch, dem 13. März 1946, 9.00 Uhr, findet in Halle (Saale), Haus der Jugend, Reichardtstraße 4, eine Arbeitsung aller Jugendreferenten der Kreise und kreisfreien Städte statt. Einziger Punkt der Tagesordnung:

Organisierung der Freien Deutschen Jugend in der Provinz Sachsen

Ende der Arbeitsung gegen 14 Uhr.
Es wird darauf hingewiesen, daß in Anbetracht der besonderen Wichtigkeit dieser Arbeitsung unbedingt jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt vertreten sein muß.

Damit die Arbeitsung pünktlich um 9 Uhr beginnen kann, ist es notwendig, daß diejenigen Jugendreferenten, die am 13. 3. 1946 aus Grund der Verkehrsverbindung bis 9 Uhr nicht in Halle sein können, bereits am 12. 3. 1946 ein treffen. Quartierzuweisung kann im Haus der Jugend in Halle, Reichardtstraße 4, entgegengenommen werden.

Alfred Henke

In Wannfeld, der kleinen Gemeinde bei Gardlegg, verstarb am 2. Februar Alfred Henke, dessen ganzes Leben für die Rechte der Arbeiterschaft war. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, seine Tatkraft und sein ungemein vielseitiges Wissen dem Neuaufbau und besonders den jüngeren Genossen vermitteln zu können. Er, der unter der Naziherrschaft 78 Jahre noch sehr regte mit den politischen Ereignissen beschäftigt, ist unerwartet aus dem Leben geschieden.

Alfred Henke stammte als Sohn ganz armer Eltern aus Altona. Er wurde, wie sein Vater, Zigarrenarbeiter und lernte durch ihn die sozialistische Literatur kennen. So hielt er auch während seiner Militärzeit in Posen immer verbote sozialistische Bücher in seinem Spind verborgen und wirkte aufklärend unter den Soldaten. 1900 wurde er als Redakteur in die Bremer Bürgerzeitung berufen und in das Bremer Parlament gewählt. Wenig später wurde er Reichstagskandidat für den hannoverschen Wahlkreis. 1912 übertrug ihm das Vertrauen der Arbeiterschaft das Bremer Reichstagsmandat. Nach Ausbruch des Weltkrieges 1914 gehörte er zu den Kriegskreditverweigerern und stieg durch die Verhaftung in die Fraktion zu bestehen. 1922 wurde er als Stadtrat und zweiter Bürgermeister in den zwanzigsten Bezirk von Berlin berufen. 1932 gab er das Reichstagsmandat auf und wurde von den Nazis 1933 aus seinem Amt als zweiter Bürgermeister und Stadtrat geworfen. Die ihm gesetzlich zustehende Pension wurde ihm gestrichen. Seelisches und körperliches Leiden ließen ihn kränkeln, und eine Lungenentzündung raffte ihn jetzt plötzlich dahin.

Mit Alfred Henke starb einer jener alten, aufrechten Sozialdemokraten, deren Wirken noch in der Zeit August Bebel's wurde. Er stand seit 1896 in unseren Reihen und gehörte drei Jahrzehnte dem Reichstag an. Auch Alfred Henke bleibt unvergessen! —rik—

Eisen- und Hüttenwerk Thale

Ein Frauenausschuss gebildet

Zu den 666 Frauen und Mädchen der Eisen- und Hüttenwerk Thale war kürzlich Frau Brautsch gekommen, 1. Vorsitzende des Antifaschistischen Frauenrates der Provinz Sachsen, um mit ihnen gemeinsam in Anwesenheit der Werkleitung und Vertretern des Betriebsrates die Gründung eines Frauenausschusses im Betrieb zu besprechen. Gerade die Betriebsarbeiterin begrüßt es dankbar, so führte Frau Brautsch aus, wenn ihr durch die Arbeit des Betriebes die Mädchen gebildet wird, ihrem politischen Blick zu schulen und über die brennenden Tagesfragen unterrichtet zu werden. Der Frauenausschuss wird in Thale ein Heim erhalten, das der Mittelpunkt des Frauenlebens im Betrieb sein wird. Hier können dann die Kolleginnen den Frauenrat ihrer Arbeit liegen vortragen, können sie sich in anregendem Gedankenaustausch über ihre Wünsche und Aufgaben klar werden.

In der Fabrik wird sich der Frauenausschuss dafür einsetzen, daß den Neueinsteigenden nur die Kolleginnen den Frauenrat ihrer Arbeit liegen können. Er wird es durchsetzen, daß die Frauen, die Männerarbeit verrichten und das Gleiche wie diese leisten, auch die gleichen Löhne erhalten. Er wird ferner darauf dringen, daß die Frauen, die mit ihren Frauenlöhnen ihre Familie nicht ernähren können, und die körperlich für die schwere Männerarbeit nicht geeignet sind, Leistungsulagen und Prämien erhalten, um ihr Einkommen zu erhöhen.

Der Chefdirektor der Eisen- und Hüttenwerk Thale, Kogl, versprach am Schluß den Frauen und Mädchen seines Betriebes, volles Verständnis und die Hilfe der Werkleitung.

Der Tenno nicht mehr „heilig“

Newyork (SNB). Wie Reuter meldet, gab der japanische Kaiser einen Erlaß über die Annahme der von General Mac Arthur befohlenen neuen japanischen Verfassung heraus. Obwohl eine Reihe von Artikeln der alten Verfassung, die die Persönlichkeit des Kaisers als „heilig“ festlegten, fortgelassen werden wird, jedoch der Kaiser in der neuen Verfassung als „Symbol des Staates und der Einigkeit des Volkes“ bezeichnet.

Die Aufteilung der Handelsflotte

Kommuniqué der Dreimächtekommission für die deutsche Handelsmarine

Moskau (TASS). 1. Auf der in Berlin vom 1. September bis zum 2. August 1945 abgehaltenen Konferenz kamen die Regierungen der UdSSR, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten überein, daß die deutsche Handelsflotte zu gleichen Teilen zwischen der UdSSR, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten aufgeteilt werden soll. Die Namen der auf den internen Schiffsregistern eingetragenen Schiffe und die Schiffe der Küstenschifffahrt, die von dem Alliierten Kontrollrat in Deutschland als notwendig zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft Deutschlands klassifiziert wurden. Ein weiteres Übereinkommen wurde darüber erreicht, daß die Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von ihren Anteilen der übergebenen deutschen Handelsschiffe geeignete Mengen für die Alliierten Staaten abzugeben sollen, deren Handelschifffahrt im Kampf für die gemeinsame Sache gegen Deutschland schwere Verluste erlitten, neben denjenigen Schiffen, die die UdSSR von ihrem Anteil für Polen abzugeben wird.

2. Um die deutsche Handelsflotte in drei anfängliche Anteile zu teilen, kamen die drei Regierungen überein, eine Dreimächtekommission für die Handelsmarine einzusetzen, die vereinbarte Empfehlungen hinsichtlich der Aufteilung der deutschen Handelsflotte unterbreiten und andere konkrete Fragen der Betrachtung unterziehen soll, die sich aus diesem Abkommen ergeben.

3. Entsprechend im obigen wurde die Kom-

Verstärkung der Preiskontrolle

Befehl

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland

26. Februar, Nr. 63 Berlin

Mit demselben Befehl Nr. 6 vom 21. Juni 1942 wurde befohlen, daß der Verkauf von Waren und Abrechnungen für den Handel und die Industrie in der Sowjetischen Besatzungszone, die im Jahre 1944 in Deutschland Gültigkeit haben, zu geschehen hat. Die Eigentümer verschiedener Handel- und Industrieunternehmen, Reparaturwerkstätten und ähnlicher sind zu warnen, daß der Warenverkauf und die Leistung von Dienstleistungen zu geschehen hat, die in Deutschland im Jahre 1944 Gültigkeit haben, und daß die persönliche strafrechtliche Verantwortung für alle Übertretungen der festgesetzten Preise tragen.

Die Kontrolle über die Innehaltung festgesetzter Preise der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, den Finanzabteilungen der Provinz und Länderverwaltungen und den Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zu übertragen.

In Verbindung hiermit sind die Preiskontrollmaßnahmen der Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zu verstärken. Die Kontrolle über die Innehaltung festgesetzter Preise der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, den Finanzabteilungen der Provinz und Länderverwaltungen und den Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zu übertragen.

Die Kontrolle über die Innehaltung festgesetzter Preise der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, den Finanzabteilungen der Provinz und Länderverwaltungen und den Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zu übertragen.

Die Kontrolle über die Innehaltung festgesetzter Preise der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, den Finanzabteilungen der Provinz und Länderverwaltungen und den Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zu übertragen.

Die Kontrolle über die Innehaltung festgesetzter Preise der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, den Finanzabteilungen der Provinz und Länderverwaltungen und den Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zu übertragen.

„Ja, wenn es im Protokoll steht ...“

Der vergebliche Zeuge Bodenschatz

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg (SNB). Der amerikanische Hauptankläger Jackson setzte sein Kreuzverhör mit dem Zeugen Bodenschatz fort.

Bei einigen wesentlichen Punkten mußte Jackson dem Gedächtnis des Zeugen Bodenschatz nachhelfen, der sich an manchen places nicht mehr erinnern konnte. In seiner am 6. November 1945 gemachten Aussage über die Ereignisse an der deutsch-polnischen Grenze, die dem Krieg gegen Polen vorangingen, hatte Bodenschatz geäußert, daß nach seiner Meinung die Provokationen von deutscher Seite kamen. Damit hatte der Zeuge auch erklärt: „Ich kann nicht Eid aussagen, daß der Führer den Angriffskrieg gegen Polen wollte“. Heute will er sich daran nicht mehr erinnern, er mußte aber, als Jackson ihn fragte, ob er das, was im Protokoll steht, auch tatsächlich ausgesagt habe, zugeben: „Ja, wenn es im Protokoll steht, habe ich es gesagt. Es war meine Meinung.“

Auch auf den Inhalt gewisser Besprechungen im Führerhauptquartier konnte sich Bodenschatz erst dann wieder besinnen, als Jackson ihm die darüber vorhandenen Notizen im Original vorlegte.

„Ich kann nicht mehr erinnern, dabei gewesen zu sein“, sagte Bodenschatz nervös, als Jackson seinen Namen im Protokoll stieß, war ich sicher dabei.“

Da der Zeuge behauptet hat, in Göring habe von den Judenpogromen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 erst am nächsten

Tag von der Presse erfahren, fragt ihn der Ankläger, ob er nichts von der Konferenz wisse, die von Göring am 12. November 1938, zwei Tage nach den Pogromen, im Reichsfinanzministerium abgehalten wurde und auf der Heydrich und Goebbels anwesend waren, ob ihm bekannt sei, daß Göring am 22. September 1938 den Juden eine Buße von einer Million RM auferlegt habe. Davon will der Zeuge nur gehört haben.

Als nächster Zeuge wurde der ehemalige Generalleutnant Milch aufgerufen, der sich ebenfalls im Nürnberger Gefängnis in Haft befindet. Er wird befragt, ob er sich an die Aussagen des vom Verteidiger Stahmer gestellten Fragen an Hand schriftlicher Notizen. Die Fragen des

Washington (TASS). Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten von Amerika hat Überarbeitungen von 15 Dokumenten über die Beziehungen der Franco-Regierung zu den Achsenmächten veröffentlicht. Darunter befinden sich Niederschriften einer Unterredung zwischen Hitler und Clano in der Nacht vom 22. September 1940, in der Hitler die von Spanien an Deutschland gerichteten Forderungen aufzählte.

Unter den veröffentlichten Dokumenten sind auch Niederschriften der am 3. Dezember 1943 in Madrid stattgefundenen Unterredung zwischen Franco und dem deutschen Botschafter Dickhoff, in deren Verlauf Franco erklärte, daß nur der Sieg Deutschlands das weitere Fortbestehen des Franco-Regimes ermöglichen würde. Franco erklärte, daß die Ansicht der hinsichtlich Englands und Amerikas walten läßt, nicht nur des Interesses Spaniens, sondern auch den Interessen Deutschlands entspricht.

London (SNB). Reuter gibt eine Meldung von Radio Paris wieder, daß der 3. April als Termin für die Zurückziehung der französischen und britischen Truppen aus Syrien und dem Libanon festgesetzt worden ist.

Moskau (Rundfunk). Der Ministerpräsident von Indonesien, Schehri, erklärte, die Verhandlungen mit den Holländern können unter der Bedingung aufgenommen werden, daß die Indonesische Republik anerkannt wird.

Wladivostok (SNB). Der reguläre Güter- und Passagierverkehr auf der Schifffahrtslinie Wladivostok — Schanghai, der durch den Krieg unterbrochen war, wurde wieder aufgenommen.

Verlag und Druck: „Volksblatt“ Druckerei und Verlags-Gesellschaft, Halle, G. Bruchmann 1947, Tel. Nr. 1021, Deutscher Hauptstadt-Verlag, Halle, G. Bruchmann 1947, Tel. Nr. 1021, 1947 und 2400, Bestelnummer 23 17-6

Verteidigers von Göring und die Antworten des Zeugen laufen in der Hauptsache darauf hinaus, den Beweis zu erbringen, daß Göring angeblich gegen den Krieg gewesen sei und mit Milch abnehmend über die Kriegspolitik Hitlers gesprochen habe.“

Mit den Versuchen, die durch die Luftwaffe an den Schutzhäftlingen des Konzentrationslagers Dachau durchgeführt wurden, will der Zeuge nichts zu tun gehabt haben. Die Originaldokumente des Briefwechsels des Zeugen mit dem SS-Abgruppenführer Wolf über sogenannte „Höhenkammern“ und „Unterkuhlungsversuche“ kann der Zeuge allerdings nicht abstreiten. Man habe ihm angeblich nur berichtet, daß „Verbraucher“ diesen „Versuchen“ unterworfen wurden.

Diskussionen um das Ruhrgebiet

London (SNB). Wie United Press mittelt, sagten gut informierte diplomatische Quellen, daß Großbritannien einen Kompromißplan über die Verwendung des Ruhrgebietes vorbereitet. Sie waren der Ansicht, daß die Briten eine wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebietes vorschlagen werden.

Wie man erfährt, werden die Briten vorschlagen, die Ruhr zu einer Internationalen Gesellschaft umzuformen. Vertreter der Großmächte würden in der leitenden Körperschaft sitzen und aktiv die Tätigkeit des Ruhrgebietes leiten. Die kleineren Länder, wie Holland und Belgien, die direkt interessiert sind, würden beratende Stimmen haben. Deutschland, so glaubt man, würde keine Stimme haben.

Churchill unbenbar

Richmond (Virginia) (SNB). Wie Reuter meldet, wiederholte Churchill in einer neuen Ansprache seine vielumstrittenen Rede in Fulton, aber diesmal schon in milderen Worten. Anscheinend zwang ihn zu dieser Milderung der Widerhall in der öffentlichen Meinung der Welt, die unter dem Deckmantel der „demokratischen“ Phraseologie rasch das imperialistische Wesen erkannte.

Erneut sprach Churchill über seine Idee, England unter die Führung der USA, als einen Staat der amerikanischen Union zu stellen. Damit aber nicht der schlechte Eindruck hervorgerufen wurde, daß England schwach und hilflos sei, fügte Churchill einen Ausgleichsgedanken hinzu — daß vielleicht die USA in das britische Empire einzutreten wünschen.

Spaak übernimmt Regierungsbildung

Brüssel (SNB). Nach der Weigerung des Schryvers, des Präsidenten der sozial-christlichen Partei übernahm einer France-Press-Meldung zufolge Spaak die ihm vom Prinzregenten übertragene Aufgabe, die neue belgische Regierung zu bilden.

Auslieferung Degrelles gefordert

Brüssel (SNB). Wie Reuter meldet, nahmen die Liberalen in Brüssel eine Resolution an, die die Regierung auffordert, auf die sofortige Auslieferung des belgischen Resistenzhäftlings Leon Degrelle zu bestehen. Degrelle befindet sich in einem Militärkrankenhaus in Spanien.

Passivität finnischer Präsident

Helsinki (SNB). Yrjö Passivivi, der neue Ruoterminister, zufolge, mit 150 Stimmen von möglichen 200 Stimmen durch das finnische Parlament zum Präsidenten von Finnland als Nachfolger Mannersheim gewählt.

Francos Platz neben der Achse

D. 2. Dokumente über die Beziehungen der Franco-Regierung zu den Achsenmächten

berische Halbinsel oder auf spanischem Boden außerhalb der Halbinsel, womit Gebiete im Mittelmeer, im Atlantik, in Afrika sowie das spanische Protektorat Marokko gemeint sind, Widerstand zu leisten und diesem Einsatz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die Befehle übernehmen die Verantwortung, diese in deutscher und spanischer Sprache ausgearbeitete Erklärung strengstens geheimzuhalten.“

Unter den veröffentlichten Dokumenten sind auch Niederschriften der am 3. Dezember 1943 in Madrid stattgefundenen Unterredung zwischen Franco und dem deutschen Botschafter Dickhoff, in deren Verlauf Franco erklärte, daß nur der Sieg Deutschlands das weitere Fortbestehen des Franco-Regimes ermöglichen würde. Franco erklärte, daß die Ansicht der hinsichtlich Englands und Amerikas walten läßt, nicht nur des Interesses Spaniens, sondern auch den Interessen Deutschlands entspricht.

Bombenexplosion in Madrid

Madrid (SNB). Nach einer Reutermeldung explodierte in einem Privatgebäude in der Duenceralstraße an der Ecke des Quevedo-Platzes in Madrid eine große Bombe.

Libanon wird geräumt

London (SNB). Reuter gibt eine Meldung von Radio Paris wieder, daß der 3. April als Termin für die Zurückziehung der französischen und britischen Truppen aus Syrien und dem Libanon festgesetzt worden ist.

Indonesien verhandlungsbereit

Moskau (Rundfunk). Der Ministerpräsident von Indonesien, Schehri, erklärte, die Verhandlungen mit den Holländern können unter der Bedingung aufgenommen werden, daß die Indonesische Republik anerkannt wird.

Wladivostok (SNB). Der reguläre Güter- und Passagierverkehr auf der Schifffahrtslinie Wladivostok — Schanghai, der durch den Krieg unterbrochen war, wurde wieder aufgenommen.

Verlag und Druck: „Volksblatt“ Druckerei und Verlags-Gesellschaft, Halle, G. Bruchmann 1947, Tel. Nr. 1021, Deutscher Hauptstadt-Verlag, Halle, G. Bruchmann 1947, Tel. Nr. 1021, 1947 und 2400, Bestelnummer 23 17-6

Aber die Masse will zu in die Wappstunde, wenn eine Organisation die massenlos und Willens ist.
Karl Marx: Inaugural-Adresse

DIE ZEITUNG

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut.“
Friedrich Engels
Brief an Gothaer Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Organisatorische Vereinigung im Kreis Halle

Von der Demokratie zum Sozialismus

Von Helmut Lehmann
Mitglied des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Geschichte ist eine strenge Lehrmeisterin. Ein Volk oder eine Klasse, die ihre Lehrer nicht beherzigen, müssen schwer dafür büßen. Die letzten zwölf Jahre haben der deutschen Arbeiterbewegung das schädlichste eingehämmert. Sie wird diese Lehren der Geschichte zu nutzen wissen.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist lehrreich genug. Es sind jetzt genau siebzehn Jahre verflossen, seit die Zerspaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch den Einigungskongress zu Gotha am 24. Mai 1875 beendet wurde. Heute sind wir wieder auf dem Wege, die Einheitspartei der sozialistischen Arbeiterbewegung zu schaffen. Ueber das Programm der Einheitspartei beschloß die gemeinsame Konferenz der SPD und KPD am 20. und 21. Dezember 1945 folgendes:

„Grundsätzlich soll im Programm dieser Partei im Minimum die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaues einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten, weitgehenden, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen festgelegt werden. Im Maximum soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im „Kommunistischen Manifest“ im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.“

1875 kam die Einigung als Auswirkung der politischen Verfolgungen durch den militärischen Junkerstaat. Sie gab der Arbeiterbewegung die Kraft, die zwölf Jahre Sozialistengesetz durchzustehen. Heute soll uns die Einheitspartei die demokratische Erneuerung Deutschlands sichern. Sie wird auf dem Boden der Demokratie den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus führen. Die Kritik von Marx und Engels zu dem 1875 beschlossenen Programm bildet der Arbeiterklasse die geistigen Waffen für diesen Kampf. Daher wird mit Recht gefordert, daß das Gedanken- gut dieser Kritik Bestandteil des Programms der Einheitspartei wird.

Engels sagt in seiner Kritik (Brief an Bebel vom 18. März 1875):

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Das neue Programm ist doch immer eine öffentlich aufgeplante Fahne und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. . . Man sollte doch auch bedenken, was die Arbeiter anderer Länder zu diesem Programm sagen werden.“

Das gilt auch heute noch. Die Sozialdemokratische Partei stand bis zum ersten Weltkrieg bei der kläglichsten Arbeitern aller Länder in höchstem Ansehen. Für die neue Einheitspartei wird es eine Ehrenpflicht sein, dieses Ansehen wieder zu gewinnen. Das wird nicht zuletzt von dem geistigen Gehalt ihres Programms und davon abhängen, mit wieviel Umsicht und Tatkraft sie das Programm verwirklichen wird.

Daher kommt es darauf an, zunächst einmal zu erkennen, in welcher historischen Lage sich die deutsche Arbeiterklasse gegenwärtig befindet. Diese Lage ist, ganz real gesehen: Wir leben in einem Lande ohne politische Selbständigkeit, als ein Volk, dessen Wirtschaft fast völlig zerstört ist, als ein Volk, dem die Besitzungsmächte die allmähliche Aufrichtung eines demokratischen Staates gestatten wollen. Die Besitzungsmächte wünschen den demokratischen Staat, weil nur er ihnen die Gewähr für dauernden Frieden bietet. Die Arbeiterklasse aber will den demokratischen Staat nicht nur darum, sondern auch, weil sie aus der Kritik von Marx zum Gothaer Programm gelernt hat, daß die Demokratie ihr die einzige Möglichkeit bietet, den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit Erfolg zu führen. Marx sagt in seiner Kritik der Gegenwartsforderungen des Gothaer Programms: „Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv aufhört.“ Der Sozialismus kann nicht zueufsten ist. . . Der Sozialismus kann nicht verwirklicht werden, wenn nicht zuvor die demokratische Republik verwirklicht worden ist. Die Weimarer Republik war ein mißlungener Versuch dazu. Durch die Vernichtung des Faschismus und durch die Vernichtung der materiellen Grundlagen von dessen politischer Herrschaft von dem Staat, ist nunmehr Kapital und Besitztum beseitigt, ist nunmehr die Bahn für die Verwirklichung einer, wenn auch zunächst bürgerlichen Demokratie, frei geworden. Daher soll das Minimalprogramm

Resolution der Kreispartei-Konferenz

Die am 10. März 1946 tagende gemeinsame Kreispartei-Konferenz in Halle der KPD und SPD nimmt mit besonderer Freude Kenntnis von den schnellen Arbeiten, die der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien dienen.

Die Verschmelzung ist eine geschichtliche Notwendigkeit, wenn wir in Deutschland zur vollen Entfaltung einer kämpferischen Demokratie kommen wollen, die nicht von Konzernbesitzern und Finanzkapitalisten beherrscht wird.

Damit steht auch die Frage der Einheit Deutschlands im Vordergrund. Nur durch die geeignete starke Arbeiterpartei ist die Gewähr gegeben, für eine Einheit Deutschlands.

Die Delegierten versprechen alles zu tun, um in den Betrieben durch Intensivierung der Wirtschaft, durch Aufstellung von Betriebsprogrammen und Förderung der Friedenswirtschaft in jeder Beziehung die Voraussetzungen zu schaffen, um die werktätige Bevölkerung aus dem von Hitler geschaffenen Elendzustand herauszuführen.

Die wenig beschildigten Wohnungen der Stadt Halle müssen in kürzester Zeit fertiggestellt werden. Um die Seuchengefahr zu vermindern, müssen durch Gemeinschaftsarbeit die anfallenden Aschenberge in den Straßen von Halle beseitigt werden.

Die vollste Unterstützung der Landwirtschaft (Neubauern und Bauern überhaupt auf dem Dorfe) zur Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes ist eine Hauptaufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die starke Verbindung der Stadt mit dem Dorfe muß gesteigert und festgelegt werden, durch Bereitstellung von Maschinen und Geräten für die Landwirtschaft; durch tätige Mithilfe der Stadtbewölkerung mit der Verbundenheit der Stadt mit dem Dorfe entwickelt werden, damit die Bodenreform auch praktisch realisiert wird.

Die Delegierten erklären ihr volles Einverständnis mit den von der 60er Kommission vorgelegten Entschließungen und sind auch mit den vorgelegten Statuten der SEPD einschließlich der noch möglichen Änderungen einverstanden.

Die Vorbereitungen zum 1. Mai 1946 müssen eine Angelegenheit der gesamten vereinigten Parteien sein. In allen Betrieben müssen die Betriebsgruppen und auch die Straßengruppen auf die Belange der werktätigen Bevölkerung eingehen und praktische Hilfe leisten.

Der 1. Mai muß eine große, gewaltige Demonstration für die Einheit Deutschlands, für die treue demokratische Entwicklung und für die weitere Entwicklung zum Sozialismus werden. Unter dem Banner der geeinten Arbeiterparteien werden wir zum Siege kommen!

Ein politisches Ziel — ein Weg

Erste gemeinsame Kreispartei-Konferenz Halle der SPD und KPD

Gemäß den Beschlüssen des Organisationskomitees für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands der Provinz Sachsen vom 28. Februar wurde gestern die erste Kreispartei-Konferenz der beiden Arbeiterparteien im Friedemann-Bach-Saal des August-Bebel-Hauses durchgeführt, nachdem vorher die beiden Parteien getrennt getagt und jede für sich die Kandidaten für den Kreisvorstand der SEPD, sowie die Delegierten für den Bezirks- und Provinzparteitag gewählt hatten.

Die Delegierten der Kreispartei-Konferenz der SPD tagten unter dem Vorsitz des Genossen Peter in der „Barbarine“. Nach einem kurzen Tätigkeitsbericht des Gen. Riemer, der bekanntgab, daß der Ortsverein Halle der SPD die Mitgliederzahl von 10 000 überschritten habe und nach dem Referat des Gen. Eckstein über den Weg zur Einheit, das mit dem Appell schloß, alle Kräfte zusammenzufassen, wurde durch Abstimmung die Wahl des Kreisvorstandes und die Wahl der Delegierten für den Bezirks- und Provinzparteitag vorgenommen.

Einen Bericht über die Tagung der KPD bringen wir in der morgigen Ausgabe „Die Einheit“.

Im festlich geschmückten Saal des August-Bebel-Hauses fanden sich nach den getrennten Tagungen der beiden Parteien zu einer gemeinsamen Weibstunde zusammen, die mit dem Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ ihren erhebenden Ausklang fand.

Gen. Härtel (KPD), der die Kundgebung eröffnete, wies auf die Bedeutung und auf den Ernst der großen Stunde hin und betonte dabei die gemeinsame Konferenz zugleich eine Demonstration nach außen darstelle, um die ideologische Verbundenheit der beiden Parteien durch die geballte Kraft der geeinten Arbeiterpartei zu beweisen. Nach der Wahl des Präsidiums, das aus den Genossen Härtel und Wagner von der KPD und den Genossen Riemer und Eckstein von der SPD besteht, sowie der Wahl des Ehrenpräsidiums, bestehend aus den unvergebliebenen Genossen v. Harnack, Paul Schmidt, Max Lademann und

Otto Schlag, sprachen die Genossen Robert Siewert und Richard Krüger über die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Gen. Siewert stellte die erste Kreispartei-Konferenz als das größte Ereignis für die kommende Einheit der deutschen Arbeiterbewegung heraus und legte dabei den Gedanken zugrunde, daß es jetzt nicht nur um die Interessen der Arbeiterklasse, sondern um Deutschland, um das gesamte deutsche Volk gehe. Die vor uns stehenden Aufgaben sind noch gewaltig, jeder einzelne muß sich des Ernstes der Lage bewußt sein. An jedem einzelnen liegt es, die großen Gegenwartsaufgaben mit lösen zu helfen, wobei die Mobilisierung der Millionenmassen als vordringlich zu gelten hat. Wir wollen nicht noch einmal erleben, daß die Reaktion einen Krieg entfesselt. Durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ist die Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse geschaffen worden. Die SEPD ist die einzige Partei, die Deutschland vor dem Untergang retten kann.

Gen. Krüger benannte die Kreispartei-Konferenz als einen Ehrenstag der Arbeiterschaft und betonte dabei, daß sich die Arbeiterschaft in Ziele, nämlich den Sozialismus zu verwirklichen, immer einig gewesen sei und daß nur die Wege getrennt waren, die heute wieder zusammengeschlossen sind und nie mehr voneinander weichen werden. Das hohe Ziel, das wir uns einst gestellt hatten, wird jetzt vollendet werden, und keine Macht der Welt wird es wieder trennen können. Das Jahr 1946 wird das Jahr der Bewährung sein. Wenn wir hier versagen, dann wehe uns! Eingedenk der großen Aufgaben, die vor uns stehen, müssen wir alle kleinen Dinge, alles Mißtrauen und alles Norden beiseitelassen, um das große Ziel zu erreichen: ein besseres, sozialistisches Deutschland.

Die kurzen, markanten Ausführungen der beiden Redner fanden stürmischen Beifall. Zum Abschluß wurde obige Entschließung einstimmig angenommen.

die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

Lenin sagt dazu in seiner Schrift „Staat und Revolution“:

„Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) der „bürgerliche Recht“ nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d. h. nur in bezug auf die Produktionsmittel.“

(Fortsetzung folgt)

Kelbra. In der gemeinsamen Mitgliederversammlung der KPD und SPD wurde die Frage der Verschmelzung beider Parteien behandelt. In grundlegenden Ausführungen der Genossen Setzerpfand, Gerlach und Schumann wurde das Zwingende einer sofortigen Vereinigung erkannt, da im Westen Untrübe bekannt sind, die eine Gefährdung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch des Aufbaues Deutschlands darstellen. Anschließend wurde das Organisationskomitee gebildet.

Einheit ist die Lebensfrage

In der Betriebsversammlung der größten Zuckerraffinerie Deutschlands, Tangermünde, wurde nach Referaten des Betriebsratsvorsitzenden Gen. Sattellau und des Gen. Heine folgendes Gelöbnis angenommen: „Wenn die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit ihre große historische Aufgabe erfüllen will, so muß sie in sich geeint die Sozialistische Einheitspartei bilden. In der Einheit und ihrer tragenden sozialistischen Idee liegt die Kraft, die unsere zerschlagene Heimat wieder aufbauen und unser nationales Unglück überwinden wird.“

Im Verlaufe dieser großen Betriebskundgebung sprach Gen. Sattellau von dem unverstellbaren Leid, das der Hitlerkrieg über die gesamte Menschheit gebracht hat. Nur eine in wahrhaft sozialistischem Geist geeinte deutsche Arbeiterschaft ist in der Lage, das gewaltige Rettungswerk von Volk und Heimat zu vollbringen. Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsausschüsse erhalten eine neue Funktion. Sie haben für das Volksganze ökonomisch-rechtliche Aufgaben zu erfüllen und werden damit Funktionäre einer gesunden Planwirtschaft. Der direkte Einfluß der Arbeiterklasse auf die Wirtschaft wächst, da der Aufbau der Betriebe möglich gemacht werden muß durch Erarbeitung flüssigen Betriebskapitals, das aus der Gemeinsamkeit der Arbeit entsteht. Dadurch muß die Arbeiterschaft maßgebenden Einfluß in der Wirtschaft übernehmen. Aus dieser Lage heraus erwachsen der Arbeiterschaft verantwortungsvolle Aufgaben.

Es wäre ein unerträglicher Zustand, wenn unter den gegebenen Verhältnissen innerhalb von Betrieben noch zwei verschiedene Betriebsgruppen stünden, die in zwecklosen Diskussionen die notwendige Produktionsteigerung nicht nur erschweren, sondern hindernd auf sie einwirken würden.

Das Echo in den Ortsgruppen

Wenzlow-Grünigen. Die Genossen der beiden Dorfgemeinden Wenzlow und Grünigen kamen zusammen, um die Richtlinien zur Bildung der Einheitsfront entgegenzunehmen. Begleitet wurde der Beschluß aufgenommen, daß sich sofort nach dem gemeinsamen Versammlung der KPD und SPD stattfinden. — Wolln. Die gemeinsame Versammlung der beiden Arbeiterparteien stand unter dem Motto: „Einheitsfront, Lösung der Stunde“. — Der Wille zur Einheitsfront wurde in einer Funktionärsitzung der beiden Arbeiterparteien in Ziesar behandelt und das Organisationskomitee für die Einheitspartei gebildet. Roßbach. In einer Versammlung der SPD und KPD bildete die Gründung der Einheitspartei das Hauptthema. Es wurden das Organisationskomitee und die Bereinigungskommissionen gewählt.

Bad Bibra. In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der SPD und KPD wurde die Ausführung der Kreisleiter beider Parteien mit großer Genugtuung aufgenommen. Die Worte des Gen. Schnabel: „Wir sind heute nur noch eine Partei!“ fanden stürmischen Beifall. Die Wahl des Organisationskomitees und die Zustimmung zu einer Entschließung erfolgten einstimmig. — In der vom Organisationskomitee der SPD und KPD (Meinewe) einberufenen Mitgliederversammlung umriß Gen. Eichfeld (Weißenfels) die Bedeutung der Einheit der Arbeiterpartei für die Einheit Deutschlands. — Leißling. In der ersten gemeinsamen Versammlung der KPD und SPD sprach Gen. Brosel über die Einheit der Arbeiterklasse. Anschließend wurde der einstimmige Wille aller Anwesenden zum Ausdruck gebracht, die Vereinigung beider Parteien bald durchzuführen. Es wurde das Organisationskomitee gebildet.

Reinsdorf. „Durch Einigkeit zur Einheit — durch Einheit zum Erfolg!“ war die Devise der gemeinsam abgehaltenen Mitgliederversammlung der SPD und KPD. Nach der Ernung der gemordeten antifaschistischen Kämpfer sprachen die Genossen Stieler und Meltdorf. Sie formulierten die Aufgaben der Arbeiterklasse und schlußfolgerten, daß die Einheit beider Parteien das überragende Instrument im Aufbau Deutschlands sein wird. Anschließend wurden die vorgeschlagenen Genossen einstimmig zum Organisationskomitee gewählt.

Rahitz. Eine gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD und KPD fand hier statt, in welcher der Ortsvereinsvorsitzende der SPD, Genosse Trautschel, über die Vereinigung der beiden Parteien sprach. Ein gemeinsamer Arbeitsausschuß wurde gebildet. Genosse Fiedler sprach über die große Bedeutung und Aufgaben der Genossenschaften im neuen demokratischen Deutschland.

Burgkennitz. In der ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung beider Arbeiterparteien legte Gen. Heppold klar, daß die Gründung der Einheitspartei geschichtliche Notwendigkeit sei. Gen. Hochmeister forderte die Partei der Werktätigen als Organisation des kommenden Aufbaues. Bürgermeister Gen. Schumann sprach über die Schulfreie. Seine Ausführungen lösten allgemeines Interesse aus.

Planwirtschaft bei der Frühjahrbestellung

Wulfen, im März. In Anwesenheit eines Vertreters des Landratsamtes fand eine Versammlung der Alt- und Neubauern statt. Referent Gen. Hüttel (Köthen) betonte einleitend die besondere Notwendigkeit der Ernährungssicherung aus eigener Kraft. Wohl besitzen wir in den einzelnen Provinzen mehr Bewohner, aber der Boden für den Anbau ist geringer geworden. Es darf daher kein Morgen Ackerland nur nach dem Profit bebaut, sondern alles muß nach der Planwirtschaft bestellt werden. Um eine Verengung von Sämereien zu verhindern, soll die Aufzucht der Gemüsepflanzen aus Samen durch die Gärten erfolgen. Wichtig ist in diesem Jahre, mehr Frühkartoffeln anzubauen, um einen besseren Anschlag auf die Getreidepreise zu gewinnen. Aber auch Spätsorten müssen in genügender Menge angebaut werden. Daneben ist der Versuch zu machen, künftig noch mehr Brogetreide zu erzeugen. Was den Gemüsepflanzen betrifft, so sind alle Sorten zu kultivieren, jedoch sollen 70 Prozent der Anbaufläche mit Erbsen und Bohnen bestellt werden. Weiter behandelt der Redner die Saatgut-Frage, insbesondere die überaus starke Anforderung von Saatkartoffeln. Soweit wie

möglich ist es Aufgabe der Erzeuger, sich in der Saatgut-Frage selbständig zu machen. Unter Hinweis auf verschiedene Bräuche in den Dörfern forderte der Redner ein sparsames Umgehen mit den noch vorhandenen Getreidevorräten. Wenn es an Züglern und Schleppern fehlt, dann muß die gegenseitige Bauernhilfe einsetzen. Nur die Gemeinschaft kann wirksame Hilfe bringen. Gerade bei der Frühjahrbestellung müssen Alt- und Neubauern Hand in Hand arbeiten, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Als vordringliche Arbeit bezeichnete der Redner die Vorbereitung des Bodens, damit bei Eintritt günstiger Witterung sofort mit der Aussaat begonnen werden kann. Anschließend besprach er Fragen der Viehzucht und bezeichnete die Aufzucht von Jungvieh als dringendste Anforderung. Dann wird es in absehbarer Zeit auch mit der Milchwirtschaft und der Butterversorgung wieder besser werden. Zum Schluß behandelte der Redner noch die Fragen der Reparaturen der Gelversorgung. Diesem (und des Bestandes) der Landw. Genossenschaft und Land mit seinen Interessen Ausführungen den lebhaften Beifall der Versammlung. —d.

Antlicher Taschenfahrplan

Wegen umfangreicher Änderungen im Reiseverkehr konnte der Antliche Taschenfahrplan der Reichsbahndirektionen Halle und Magdeburg nicht, wie angekündigt worden war, am 1. März erscheinen, sondern erscheint nunmehr am 11. März 1948 nach dem Stand vom 5. März 1948. Durch die letzte Verkehrs- und Wirtschaftslege noch weitere Änderungen im Reiseverkehr zu erwarten sind, werden wir zu gegebener Zeit (voraussichtlich alle 14 Tage) ein Berichtigungsblatt zum Taschenfahrplan erscheinen lassen. Die jeweils erscheinenden Berichtigungsblätter werden ebenfalls gegen Abgabe des erworbenen Taschenfahrplans, an den Fahrkartenschaltern kostenlos abgegeben. Reichsbahndirektion Halle.

Wichtige Fahrplanänderungen

Die vorübergehend nur werktags verkehrenden Personenzüge auf der Strecke Merseburg—Mücheln—Querfurt werden wieder an allen Tagen durchgeführt, nämlich: P 2063 Querfurt ab 5:04 Merseburg an 6:18 P 2064 Merseburg ab 6:48 Querfurt an 8:04 P 2065 Querfurt ab 12:45 Merseburg an 14:02 P 2072 Merseburg ab 16:00 Querfurt an 17:15 P 2073 Querfurt ab 16:53 Merseburg an 18:10 P 2074 Merseburg ab 16:45 Querfurt an 18:04 P 2075 Querfurt ab 17:00 Merseburg an 18:15 P 2076 Merseburg ab 20:40 Querfurt an 21:22 P 2065 Querfurt ab 6:04 Merseburg an 7:15 P 2070 Merseburg ab 14:25 Querfurt an 15:38

Im Andenken an Ernst v. Harnack

Anläßlich der ersten Wiederkehr des Todesjahres Ernst von Harnacks veranstaltete der Betriebsrat des Bezirkspräsidenten in Merseburg in der Aula des Dom-Gymnasiums eine Gedächtnisstunde. Mit dem Streichquartett op. 18 Nr. 3 „Andante con moto“ von Beethoven begann die Feierstunde, und mit dem C-Gitar-Konzert für Flöte von W. A. Mozart schloß sie aus. In seiner Gedenkrede führte Vizepräsident Fritz Drescher u. a. aus: „Vor einem Jahre ging in Berlin-Moabit ein aufrechter Mann seinen letzten Gang, der mit der Verwaltung unseres Bezirks Merseburg durch seine Anführung als Regierungspräsident in der Tat auf engste verbunden war: Ernst von Harnack, der als einer der letzten Opfer der Naziherrschaft wenige Wochen vor dem Zusammenbruch dahingegangen war. Die Männer, die in der Nacht vom 30. April 1944 verhaftet wurden, suchte eine Wende zu unserer Deutschlands herbeizuführen, sie wollten verhindern, daß es infolge verheerender Verwüstungen der Hitler-Classe zu einer völligen Katastrophe für uns und Europa kam. Die Brutalität der Nazis machte vor der Bedeutung Ernst v. Harnacks genau so wenig halt, wie vor dem Hunderttausenden und Millionen Namenloser

aus allen Klassen und Schichten des Vaterlandes. Ernst v. Harnack war nicht bloß der Träger einer der berühmtesten deutschen Gelehrtenämter, die Eigenständigkeit seiner reichen Persönlichkeit ist so stark, daß sie jeder bewundernd, der das Glück und die Ehre hatte, ihm im Leben jemals naherzukommen. Die Vitalität seines Wesens ließ sich, als hohen Verwaltungsmann nicht in der Einsamkeit der Zurückgezogenen verinnerlichen, sondern trug ihn als Mensch, als Politiker und Künstler so weit empor, daß ihm die Liebe und Achtung seiner Zeitgenossen zu allen Zeiten seines Kampfes sicher war. Sein Leben führt ihn aus der Sphäre eines begüterten und hochkulturellen Hauses 1918 in die Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Er fühlte sich bis zu seiner letzten Stunde verbunden, für die Sache seiner sozialistischen Überzeugung gab er das höchste, was ein Mensch geben vermag, sein Leben. Immer habe er weitestgehende Pläne für die Verbesserung der Lage der Werktätigen, und oft genug nahm er an Diskussionsredner in der großen öffentlichen Versammlungen des Wort. Viele Gebiete des Vaterlandes geht sein Weg: von Potsdam über Berlin nach Herzfeld, Wiesbaden, Pommern. In der Nacht vom 30. April 1944 wurde er damals (1929) dem Regierungspräsidenten Grütznar nachfolgte. Immer

stand er neben der Führung seiner schwierigen Amtsgeschäfte im politischen Kampf und trat oft in den Mittelpunkt scharfer Debatten mit den reaktionären Kräften. Im Jahre 1931 übermittelte er dieser Claque eine Entlassungsanfrage, die, wenn sie praktisch in die Tat umgesetzt worden wäre, uns und der Welt namenloses Elend erspart hätte. Diese Anfrage verhallte leider, zu sehr waren die Abwehrkräfte schon zersplittert und aktionsunfähig geworden. Weiter erinnerte der Redner an den Staatsrecht des Kanzlers v. Papen, der sich als Reichskommissar für Preußen aufstellte und im Sommer 1932 auch Ernst v. Harnack seines Postens entsetzte. Nach kurzer Schutzhaft gab es für den Entlassenen keine wirtschaftliche Aufgabe, als eine Nichtachtung der Sicherheit seiner Person in der illegalen Bewegung gegen die Reaktion miteinzufließen. Und Denken an die Rettung des Volkes vor dem drohenden Untergang hat Ernst v. Harnack immer wieder die Verbindung mit dem Volk gesucht, er war in all seinem Tun unermüdet für den Gedanken, daß ihm aus dieser Tätigkeit auch eine persönliche Gefahr erwachsen konnte. Er hat Gelegenheit gehabt, persönlichen Kontakt mit seinen Wesensmerkmalen gehörte, mehr als einmal zu werden. Mit ruhiger Gelassenheit lebte er auch den Rat seiner Freunde, sich in ein Versteck nach Thüringen zu begeben, was er jedoch nicht tat. Infolge seiner politischen Pläne und Absichten die Fürsorge um die Familien verhaltener Freunde höher stellte als die Sicherheit für sich selbst. Vizepräsident Drescher würdigte im packenden Worten den letzten Einsatz des alten Mannes, als er vor dem Blutgericht des Dritten Reiches stand, das kein anderes Urteil als den „Tod durch den Strang“ für ihn hätte herbeiführen können. In den letzten Stunden gedachte er, was er nicht hätte tun können, was er nicht hätte tun dürfen, was er nicht hätte tun wollen. In den letzten Stunden gedachte er, was er nicht hätte tun können, was er nicht hätte tun dürfen, was er nicht hätte tun wollen. In den letzten Stunden gedachte er, was er nicht hätte tun können, was er nicht hätte tun dürfen, was er nicht hätte tun wollen.

Jugendtagung in Quedlinburg

Nach einem Dichterbund fand eine Morgenfeier in der Aula der GutsMuths-Schule statt. Das Städtische Orchester brachte Ausschnitte aus Opern und sinfonischen Werken von Mozart, Beethoven, Weber, Lully und Telemann zum Vortrag, während der Sprecher Karl Bethke Gedichte und Mahnworte großer Deutscher packend nachgestaltet und Teile des Manifestes zur Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands verlas. Im Anschluß an die Feierstunde sprach Heinz Wolf über die Aufgaben der Freien Deutschen Jugendbewegung. Er äußerte sich dabei sachkundig und ausführlich über Laienspiel, Liedführung und Instrumentalschulwesen. Seine Ausführungen wurden durch Beispiele an Ort und Stelle unterstützt. Der Nachmittag führte alle Teilnehmer zu einer Arbeitstagung zusammen, deren Hauptzweck eine freie Aussprache über die Jugendarbeit im Kreise war und die auf der Grundlage von Volkstänzen brachten. Ein hinterer Abend mit geselligen, tänzerischen und gymnastischen Darbietungen sowie einem Laienspiel von Hans Sachs bildete den Abschluß dieser erfolgreichen Tagung der Quedlinburger Jugend.

Benndorf (Mansf. Seekreis) Von der Antifa-Jugend wurde eine Kundgebung veranstaltet, bei der Kreisjugendbeirater Gottschalk über die neuen Ziele der Jugend sprach. Die heutige Jugend will nicht wieder wie in der verflochtenen Zeit jahrelang ihren Erwerb anstrengend verdienen, sie will im Gegenteil aus engster mit dem Elternhaus verbunden bleiben. Die Forderung nach Jugendheimen, wo gemeinsam kulturelle Arbeit für die Jugendlichen zu leisten ist, fand lebhaften Widerhall.

Bekanntmachung

Neusetzung von Bierpreisen laut Verordnung Nr. 5 der Deutschen Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone.

In Erfüllung des Befehls Nr. 136 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland vom 3. Dezember 1945 werden im Einklang mit den Deutschen Zentralverwaltungen für Finanzen und Industrie in der sowjetischen Besatzungszone folgende Preise für im Bezirk hergestelltes Bier festgesetzt:

Table with columns for beer types (Pilsener, 30er, 40er, 50er) and prices per liter for different groups (a, b, c) in cities and rural areas.

ABSCHNITT II Preise für Flaschenbier

Table with columns for beer types (Pilsener, 30er, 40er, 50er) and prices per liter for different groups (a, b, c) in cities and rural areas.

§ 6 Handelspreise für Flaschenbier

Table with columns for beer types (Pilsener, 30er, 40er, 50er) and prices per liter for different groups (a, b, c) in cities and rural areas.

§ 5 Bedienungsgeld

Die Ausschankpreise in Gaststätten verstehen sich ausschließlich des Genüwertes für Flaschen und ausschließlich des Bedienungsgeldes, welche zu diesen Preisen erhoben werden. Das Bedienungsgeld darf 10% der Rechnungssumme nicht überschreiten.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

30 Fortsetzung. Nachodka wurde wieder in der Fabrik angenommen, gab der Mutter seinen ganzen Verdienst, und sie nahm das Geld ebenso ruhig, wie aus Pawels Händen entgegen. Bisweilen fragte Andrej die Mutter mit lachenden Augen: „Wollen wir nicht ein bißchen lesen, Mütterlein!“ Sie wehrte scherzend aber energisch ab; seine Lächeln machte sie verlegen, und sie dachte lächeln gekränkt: „Wozu denn, wenn du doch nur lachst.“ Dabei fragte sie nicht immer häufiger bald nach dem neuen, bald nach jenem Buchwort, das ihr fremd war. Sie blickte beiseite, und ihre Stimme klang gleichgültig. Er erriet aber, daß sie im geheimen lernte, verstand ihr Scheu und forderte sie nicht eher auf, mit ihm zu lesen. Sie erklärte aber: „Meine Augen werden schwach, Andruschka. Ich müßte eine Brille haben.“ „Das ist ein guter Gedanke“, erwiderte er. „Am Sonntag gehe ich mit ihnen in die Stadt, bringe Sie zu einem bekannten Doktor, und dann bekommen Sie eine Brille.“

„Die Chorknaben sind Lummels!“ In der Kanzlei lief geschäftig ein kleiner, kahlköpfiger Mensch mit kurzen Beinen, langen Füßen und einem freudlichen, freundlichen, und seine Stimme klang liebenswürdig. „Der ist höflich!“ sagte sie nachdenklich zum Kleinklassen. „Er lächelt immer...“ „Ja, ja!“ stimmte der Kleinklassen bei. „Die Leute sind soweit ganz nett, sie sind freundlich und liebenswürdig.“ Sagte man ihnen Schaut her, hier ist ein kleiner und geschickter Mann, der uns aber gefährlich ist, hängt ihn auf! — so lächeln sie und hängen ihn auf, und nachher lächeln sie ruhig weiter.“ „Der bei der Hausuchung bei uns war, war mir recht unangenehm, die Mutter einen Vergleich an. „Man sah sofort, daß er ein Hund ist.“ „Die sind alle gar keine Menschen, sondern wie Hammer, die die Leute durch schlagen.“ Instrumente mit denen umwerfen, bei der Arbeit wird, damit wir fügen werden. Sie sind schon passend hergerichtet für die ans lehrende Hand, sie können alles tun, was von ihnen verlangt wird, ohne viel zu denken und zu fragen, wozu es nötig ist.“ „Endlich! Gestalte ich man hier den Besuch, und am Sonntag sah sie schüchtern in einer Ecke der Gefängniskanzlei. Außer ihr waren in dem schmutzigen engen Zimmer mit niedriger Decke noch einige Personen, die ebenfalls jemand besuchen wollten. Sie waren ansehend nicht zum erstenmal hier und kannten sich: träge und langsam entspann sich zwischen ihnen eine leise, wie Spinnwebgeklebte Unterhaltung. „Haben Sie gehört?“ sagte eine starke Frau mit wildem Gesicht, die eine Reisetasche auf dem Schoß hielt. „Heute bei der Frühlingsfeier hat der Dirigent wieder einen Chorknaben ein Ohr eingerissen.“ Ein älterer Mann in der Uniform eines verabschiedeten Militärs hustete laut und bemerkte:

verärgert, alle schreien, und alles steigt im Preis. Die Menschen werden entsprechend billiger.“ — Verhörende Stimmen hort man gar nicht mehr.“ „„Sehr richtig!“ sagte der Militär. „Ein Skandal! Da muß einmal eine energische Stimme dazwischenrufen: „Maul halten!“ Das brauchen wir!“ Eine energische Stimme!“ Die Unterhaltung wurde allgemein und lebhaft. Jeder beizte sich, seine Ansicht vom Leben zu äußern, aber alle sprachen halbalt, und in allem fühlte die Mutter etwas Fremdes. Bei ihr zu Hause sprach man verständlich, einfach und laut. Ein dicker Auteiler mit vierreihem, rötlichem Bart tief ihren Namen, betrachtete sie von Kopf bis zu Fuß und humpelte mit den Worten: „Komm mit!“ ihr voran. Sie ging hinterher und hätte den Auteiler am liebsten in den Rücken gestoßen, damit er schneller gehe. In einem kleinen Zimmer stand Pawel, lächelte und streckte ihr seine Hände entgegen. Die Mutter ergriff sie, binnelte, und keine Worte und wiederholte nur: „Guten Tag...“ „Guten Tag...“ „Na, beruhig dich, Mama!“, sagte Pawel, ihr die Hand drückend. „Oh, es ist alles gut!“ „So, seine Mutter!“ sagte der Auteiler mit einem Seufzer. „Übrigens...“ trat er etwas auseinander... so da ein Abstand bleibt.“ Und er gähnte laut. Pawel fragte sie nach ihrem Befinden, und wie es zu Hause stände. Sie hatte andere Fragen erwartet, suchte diese in seinen Augen und fand sie nicht. Er war wie immer ruhig, nur sein Gesicht war blaß, und die Augen waren scheinbar noch größer geworden. „Sascha läßt grüßen!“ sagte sie. Pawels Lieder zitterten. „Sein Gesicht wurde milder, und er lächelte verklärt.“ (Fortsetzung folgt)

Aus Halle und Saalkreis

Der verkehrte Wegweiser

Als der Herbststurm über die Lorbeerblätter des „Tausendjährigen Reiches“ herfiel und sein Bräusen sich mit dem Pfeilen unzähliger Bomben vermengte, glaubten die Herren Kriegsverlängerer, sich noch 5 Minuten vor 12 in irgend einer Form verewigen zu müssen. Und siehe da, gar bald prangten auf Befehl von oben an jedem Haus und an jeder Hütte die so sehr viel Sicherheit versprechenden drei Buchstaben „L.S.R.“

Der Schutz, den diese Luftschützmäntel boten, war so groß, daß die oberen Zehntausend des Nazi-Regimes zu Gunsten der lieben Volksgenossen auf ihr Vorkühnproblem, um sich dem Selbsterhaltungszweck folgend, in einen eigenen für diesen Zweck errichteten bombensicheren Bunker zu begeben. Es war ja auch durchaus verständlich, daß man die Nazi-Intelligenz vor der Unsicherheit eines LSR aussetzen dürfte, denn sonst hätten, was lurchbar — der Krieg eventuell schon einige Jahre eher zu Ende gehen können.

Nun, diese Sicherheit benötigen wir nicht mehr. Wehhalb also laiden wir dann immer noch diese nazistischen LSR-Wegweiser mit dem Pfeil nach unten, während wir uns in einer Zeit der so freies eines freien demokratischen Deutschland befinden?

Neue Stadtverordnete

Genossin Kusch (KPD) und Genosse Riemer (SPD) traten als neue Mitglieder in das Stadtverordnetenkollegium der Stadt Halle ein. Genossin Kusch ist eine Stadtverordnete in Halle, die seit 13 Jahren wieder ein solches Amt versieht.

Gegen Separatismus — für die Einheit Deutschlands

Auf der am Sonntag stattgefundenen Kundgebung der CDU im „Volkspark“, gesteuert von 2. Vorsitzenden der Partei, Ernst Lemmer, seine Ausführungen zu einem mitreißenden Appell gegen jede separatistische Bestrebung und partikularistische Tendenz, und verteilte auf die Übereinstimmung mit den anderen Blockparteien den Gedanken der Einheit Deutschlands. Er kennzeichnete den Ernst unserer Gegenwarts- und Zukunftsprobleme und forderte auf, daß jede Kraft sich im Rahmen der antifaschistischen Parteien und der Gewerkschaft im Aufbauwerk unseres Volkes betätige. Wir haben eine viele Verpflichtung mit unserer Arbeit am Neuaufbau übernommen: für unsere Kinder die Freiheit, aus der ihnen die Furcht besserer Tage erwachsen soll. Der Gedanke „Nie wieder Krieg“ drückt auch heute unser sehnsuchtsvolles Verlangen und den Inhalt der Erziehung unserer Kinder aus. Aber es kommt darauf an, diesen Gedanken mit einem besseren Verständnis als früher, mit entscheidender Hingabe zum Vermächtnis unserer Jugend zu machen. In einem Schlußwort des Versammlungsleiters wurde der anwesende Präsident der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, sowie Vizepräsident Thepe begrüßt.

Neue Einheitsbriefmarken

Vorläufig aber erst in der sowjetischen Besatzungszone

Am 1. April wird das Interregnum der Briefmarkenflut in der sowjetischen Besatzungszone zu Ende gehen. Wie die Postdirektion Halle mitteilt, werden mit diesem Tage die neuen Einheitsbriefmarken in Verkehr gebracht. Die bisherigen Marken in ihrer bunten Vielfalt sozialistischer Veranschaulichung werden von Postschaltern verschwinden und vernichtet. Für Sammler werden geringe Mengen zurückbehalten.

Es ist zu hoffen, daß die neuen Einheitsbriefmarken, die für das ganze Deutschland gedacht sind, in absehbarer Zeit auch in den östlichen Zonen das Briefmarkendilemma beseitigen werden.

Meister-Konzert in Leuna

Die Konzertdirektion Kempf führt in Verbindung mit dem Kulturamt der Stadt Leuna eine Serie Anrechtskonzerte hervorragender Solisten durch. Das erste dieser Konzerte war ein Klavier-Abend der jungen Meister-Pianistin Irmgard Miesch. Ihr Spiel wird mit Recht als Klavierpiel im höchsten Sinne bezeichnet, sie wird als zur Zeit geniale und fähigste Pianistin unserer größten Virtuosenzentration angesehen und in die erste Reihe der Pianisten von Welkeklasse gestellt.

Bereits nach wenigen Takten der vier Schubert'schen Impromptus, op. 90, hatte Irmgard Miesch die Zuhörer in ihren Bann gezogen. Diesen Klängen folgten „Bilder einer Ausstellung“ von Mussorgski einem Glanzwerk russischer Klavierliteratur. Es gelang der Künstlerin, dem Zuhörer dieses Werk lebensnah erleben zu lassen. Den Schluß dieses erlesenen Programms bildeten 12 Blüten von Chopin aus op. 10 und 25. Nebenbei sei noch erwähnt, daß die junge Pianistin für ihr meisterhaftes Spiel und stellte den bescheidenen Dank für dieses wahre Meister-Konzert dar.

Die „Spanische Fliege“ in Merseburg

Die Zeiter Bühne hatte bei ihrem Gaspel nicht nur das Programm, sondern auch die Requisite und die Ausstattung ganz ausgezeichnet — Bühnenbild mitgebracht. Das Stück selbst, ein Schwank, eine Verwechslungskomödie reinsten Wassers, stellt weder Probleme noch Anforderungen, es will nichts erweisen. Die ausgeübte Aufführung, die zwei Stunden lang das Publikum den Sorgen des Alltags entpöbte, und immer wieder neue Lachsalven auslöste. Nach ausgedehnter Unterhaltung dankte das Publikum mit reichem Beifall.

Neue Aufgaben des FDGB

Der Arbeiter als Berichterstatter der Arbeiterpresse

Für Sonntag vormittag hatte der Provinzausschuss des FDGB, Abt. Agitation und Propaganda, die Funktionäre und Berichterstatter der Kreis- und Bezirksvereine und Betriebe im Bezirk Halle-Merseburg zu einer Sitzung einberufen. Der Besuch, besonders von auswärts, war sehr gut, denn jeder wollte die neuen Aufgaben nach der Berliner Konferenz unterrichtet sein. Kollege Dietrich hatte das Hauptreferat, in dem er zu Anfang auf das Heranwachsen des FDGB zur Massenorganisation der Werktätigen unter den Angestellten, hinwies. Der Unterschied zwischen dem früheren Allgem. Gewerkschaftsbund und dem FDGB besteht darin, daß aus den Erfahrungen der Naziterrorzeit die große Lehre gezogen wurde: Ein heiliges Werk ist die politische Arbeit. Als grundlegende neue Aufgaben umriß der Redner die völlige Beseitigung des nazistischen Gedankengutes, Festigung der marxistischen Weltanschauung im Kampf gegen die faschistische Propagandierung der Berliner Konferenzbeschlüsse durch Aussprüche mit den Mitgliedern im Betrieb, Fortsetzung der Bereinigung der Betriebe und Verwaltungen, Entlassung jeder Tarnung der Nazianhänger und der Verhinderung der Betrübler, die Interessenvertreter der Belegschaft, scharfe Front gegen alle Gerüchtemacher, größtmögliche Mitarbeit bei der Aktion zur Sicherung der Ernährung, Organisation jeder Hilfe für unsere Neubauern, Anführung aller sozialistischen Programme, die den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Belegschaft Rechnung tragen.

Zum Internationalen Frauentag 1946

Der Frauentag bei der Stadtverwaltung

Am Internationalen Frauentag fand auch für alle Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung Halle eine Feier in der Aula der Friedrich-Engels-Schule statt. Einleitend sprach Frau Störig vom Antifa-Frauenausschuss, die Bedeutung dieses Tages unterstrich und bedankte sich bei den Frauen aller Länder für die Achtung der übrigen Welt wieder zu erlangen. Dann sprach Frau Hermann zu den Frauen. Ihre Ausführungen standen unter dem Motto „Nie wieder Krieg“. Sie forderte die Versammlung auf, zu den schmerzhaftesten und schmerzhaftesten Gegenpartnern des Krieges zu werden. Ebenso stark wie im Kampf gegen reaktionäre Kriegshetze müsse auch der Einsatz der Frauen aller Kreise für die Wiederherstellung Deutschlands sein. Oberbürgermeister Merzins überreichte mit anerkennenden Worten den Frauen der Stadtverwaltung, die sich besonders ausgezeichnet haben, Prämien und betonte, daß schon im nächsten Jahre beabsichtigt sei, eine größere Anzahl Frauen in leitende Stellen und in verantwortliche Ämter einzusetzen. Zum Schluß der Feier, die von musikalischen Darbietungen umrahmt war, hielt Stadtrat Genosse B. e. h. b. k. einen mitreißenden Appell an die Frauen.

Der Frauentag in den Betrieben

Als zahllosen hallischen Betrieben gehen unsere Berichte über den Verlauf des Internationalen Frauentages zu. Sie beweisen, daß die Frauen überall den Ruf des Antifaschistischen Frauenausschusses verstanden haben und bereit sind, mit der Vergangenheit zu brechen und gemeinsam an einem neuen demokratischen Deutschland zu bauen.

In der Mitteldeutschen Enghelhardt-Brauerei sprach im Rahmen einer Belegschaftsversammlung die Genossin Martha Brautusch. Sie veranschaulichte den Kampf der deutschen Frau um ihre Gleichberechtigung und den Weg, den Millionen deutscher Frauen offenen Auges in ihr Unglück gegangen sind. Die Ziele und Ideale der neuen Vorkämpferinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin erreichten zu suchen, sei das Gebot der Stunde, den sich keine aufbauwillige Frau entziehen könne.

Berliner Volksschauspiel in Köllada

Von großer Wandlungsfähigkeit zeigte sich das „Ring Ensemble in einer Aufführung der von Günther Karnath zusammengeleiteten und von ihm inszenierten Operettenrevue „Theater-Theater“. Es war dem jungen Künstler vortrefflich gelungen, herzhafte, fröhliche Unterhaltung zu bieten. Besonderen die feine Ironie, mit der die einzelnen Charaktere gezeichnet wurden. Es war ein Programm, das auch auf größeren Bühnen verdient, gezeigt zu werden.

Unzeitgemäße Filme

In den letzten Tagen gelangte im Lichtspielhaus „Capitol“ in Bockwitz der Film „Tanz mit dem Kaiser“ zur Aufführung. Es ist unverständlich, daß in der heutigen Zeit noch dergleichen Filmprodukte, die einer längst vergangenen Epoche angehören und das Leben der Kaiser, Fürsten, Grafen, Barone und Offiziere verherrlichen, gezeigt werden dürfen. Was sagt das Publikum dazu, das im Kino nach schwerer Tagesarbeit Erholung und Entspannung finden möchte? Weg damit! Weg mit diesen Filmen wie „Tanz mit dem Kaiser“, „Das war mein Leben“, „Der Majoratsherr“ und ähnlichen Weg mit den Bildern aus vergangenen, dunklen Zeiten.

„Der Augenzeuge“

Die neue Wochenschau „Der Augenzeuge“ hat die neue Wochenschau im Mordprozess Kieling im Schwurgericht des Meibitzer Kriminalgerichts gefilmt. Es ist das erste mal in der Geschichte der deutschen Justiz, das Film-aufnahmen im Gerichtssaal gemacht werden dürfen. Diese Entgegenkommen des Staatsanwalter zeigt, daß dem neuen Geist auch dieser Institutionen, die die lebendige Interessen der Öffentlichkeit nicht abwiesen, sondern

Aktivität der Agit-Prop-Leiter hinsichtlich der Schaffung der SPD in allen Betrieben.

Als sehr erfreuliches Zeichen der Erkenntnis der Massen, wie wichtig heute eine starke Organisation ist, erwähnte der Redner, daß in der Provinz Sachsen von den Delegiertenwahlen rund 1/4 Million Mitglieder des FDGB vorhanden waren, während nach der Wahlkampagne bereits 600.000 Mitglieder gezählt wurden. Auch die neuen Werbewebungen für den Beitritt zum FDGB, die heute beginnen und bis zum 24. März dauern, werden einen weiteren großen Zuwachs an Mitgliedern bringen. Nachdem er noch für den Ausbau der Agitations- und Propagandaabteilungen geworben hatte, schloß er mit einem Appell zu reger tätiger Mitarbeit.

Diesbezügliche Diskussion betraf alle Belange des täglichen Lebens, insbesondere die Durchführung der Organisations- und kulturellen Arbeit und ließ erkennen, daß alle Funktionäre und auch die Mitarbeiterinnen die Bedeutung einer guten Schilbung erfaßt haben.

Redakteur Genosse Poppenberger behandelte das Thema: „Was muß ein Presseberichterstatter wissen?“ Er umriß alle die Aufgaben, die der Berichterstatter zu erfüllen hat, und die sozialistischen Zeitungen zu erfüllen hat und betonte, was erforderlich ist: die Arbeiterpresse muß ein genaues Spiegelbild unseres täglichen Lebens sein. Der Redner forderte ein verantwortungsvolles Arbeiten des Berichterstatters für die Wahrheit seiner Angaben zu bürgen hat.

Über 150 Frauen der Firmen Karstadt, Schön und Ritter fanden sich im gleichen Geiste zusammen, um den Internationalen Frauentag würdig zu begehen. Im Modehaus Herrmann fand eine Feierstunde von 250 Frauen und Mädchen der Firmen Karstadt, Schön und Ritter, Krauß und Weddy-Poehnick statt. Für vorbildliche Arbeitsleistungen wurden drei Kolleginnen Ida Marx, Anna Müller und Irma Engelmann, mit Geldprämien ausgezeichnet.

Die wöchentlich einmal zu einer Schulungsstunde im Gewerkschaftshaus zusammenkommenden Frauen und Mädchen nahmen den Internationalen Frauentag ebenfalls zum Anlaß, um ihren Willen zur friedlichen Zusammenarbeit mit den Frauen aller Völker zu bekunden.

Durch Einigkeit zu Einheit

In einer Betriebsversammlung der Firma Reinicke & Andag gab der Betriebsobmann Jänicke Aufklärung über Delegiertenwahlen zur Kreisversammlung und erläuterte die Bedeutung der Berliner Konferenz. Nach ausgedehnten Worten des Kollegen Köhler über die Dringlichkeit der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die am Samstag angestellten und Arbeiter der Firma Reinicke & Andag fördern und billigen die unbedingte Vereinigung der beiden führenden Arbeiterparteien, der KPD und SPD. Sie erblicken in der Verschmelzung die einzige Lösung, schon lange gewünscht, Einheit aller Schaffenden herbeizuführen und geloben, sich mit aller Kraft für die Verwirklichung dieser großen Aufgabe einzusetzen. Sie erwarten, daß die Lösung dieses großen Problems bis zum 1. Mai besteht ist.

An alle Stadtfelle

Morgen, Dienstag, den 12. März, 19 Uhr, findet im „Schreibhaus Süd“ (Ecke Elsbär-Brändström-Straße und Vogelweide) die erste Kreisversammlung der Frauen der Stadt Halle in der Bauernhilfe statt. Dort wird auch die Wahl des Ausschusses sowie die Wahl der Delegierten für die Kreisversammlung durchgeführt.

den die Rechtsprechung faschistischer Verbrechen auch als Angelegenheit der Allgemeinheit ansehen.

Morgenfeier der Bauhütte

Eine musikalische Morgenfeier zum Besten des Wiederaufbaus Hallischer Kulturstätten veranstaltete die „Bauhütte Roter Turm“ am Sonntagvormittag im Thalia-Theater.

Wie alle bereits stattgefundenen Veranstaltungen der Bauhütte, so war auch diese wieder ein künstlerisches Ereignis besonderer Art. Im Mittelpunkt der Vortragsfolge standen drei Konzerte für Violine und Orchester: Werke Beethovers, Mozarts und Violinliteratur. An ihnen konnte Konzertmeister Gebr. vom Städtischen Orchester seine Virtuosität und Gestaltungskraft zeigen. Besonders die Violinkonzerte von Tartini und W. A. Mozart (A-Dur, K. V. 219) zeigten in ihrem Aufbau die Schwierigkeiten des Doppelgriffes und der Trillerepisoden und die Gestaltungskraft der Violinen. Eine willkommene Auflockerung des Programmes war die Arie der Laonore aus „Fidelio“ (Beethoven), gesungen von Lydia Pettili, die neben ihrer überrasgenden mitschönen Anspruchslos auch mit ihrer Stimme überraschte. Der Höhepunkt der Morgenfeier war die Arie des Tamino aus „Die Zauberflöte“ (Mozart), die der vom hallischen Publikum schon lange erwartete Helmut Heber aus Bockwitz sang. Eine willkommene Beifall zwang ihn zur Wiederholung. Den Abschluß der Veranstaltung bildete das Konzert 9-mall für Violine mit Orchester von Max Bruch.

Erewan (TASS). Ein Siegesdenkmal von 40 Meter Höhe, gekrönt mit einer Statue des Genefälissimus Stalin, wird auf dem Kanaker-Hügel in der armenischen Hauptstadt errichtet.

Montagschulung KPD-SPD
Im heutigen gemeinsamen Schulungsabend der KPD- und SPD-Funktionäre im August-Bebel-Haus spricht Genosse Wilhelm Koenen über „Die politische Lage in der Welt“. Beginn pünktlich 19.30 Uhr.

Gemeinsame Schulungs-Abende

Am Dienstag, dem 12. März, um 19.30 Uhr. Die Referenten sprechen über das Thema: „Die politische Lage in der Welt“.

Stadteil Neumarkt-Schule, Hermannstraße (Eng. Hermann/Henrietenstr.). Gaststätte Bayerische Hof, August-Bebel-Str., Sitzungssaal des Stadteiles, Große Bauhausstr. 30, Franziskaner-Halle, Gr. Markierstr., Ecke Kuhgasse.

Stadteil Nord-Osten: Gaststätte Thoma, Dessauer Straße.

Stadteil Nordas: Gute-Lust, Volkspark, Untergruppen Trotha, Reichslander.

Stadteil Süden: Landhaus Merseburger Straße 95, „Zum Plau“, Leipziger Chaussee.

Stadteil Osten: Friedrich-Engels-Schule, Friesenstraße.

Stadteil Süd-Westen: Ruderhaus, Böllberg.

Stadteil Westen: Bäckereiungewissen, Glauchauer Straße 17, Schweitzerhaus, Wörmitzer Straße.

Wetterbericht vom 11. März

Vorhersage, gültig bis 12. März abends: Meist bedeckt. Morgen langsam einsetzende Bewölkungsauflockerung, trocken, starker Dunst, teilweise Frühfrost. Temperatur im Tagesverlauf im Grad, teilweise leichter Nachtfrost. Schwache Winde aus Nordost.

Ansichten für die nächsten Tage: Meist dünn und kühl bei leichter Nachtfrost. Langsam einsetzende Bewölkungsauflockerung. SA 6.34 am 12.3. 19.00, MA 11.50, MU 4.58.

„Vereingene Bauernhilfe“

Opp. am 5. März stattgefundenen Einwohnerversammlung stand im Zeichen der Frühjahrseinstellung. Bürgermeister Genosse Jäger betonte, daß die bevorstehende Frühjahrseinstellung große Anforderungen an jeden stellt im Hinblick auf die Ernährung des gesamten Volkes. Diesem Ziel müsse unsere große Aufgabe, die gelöst werden muß, nach Ausgabe der Anbaufläche an Ackerbauern wurde die Gründung der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ vorgenommen. Der aus einem Ackerbauern, einem Metzger, einem Bäcker, einem Handwerker und drei Industriearbeitern bestehende Vorstand hat die Aufgabe, die organisatorische Grundlage für die Frühjahrseinstellung zu schaffen. Genosse Jäger ermahnte sich für das große Ziel einzusetzen, die Ernährung des Volkes und damit die Erhaltung Deutschlands.

Ammerdorf. Ehrung alter Parteilgenossen. Die Ortsgruppe Ammerdorf der SPD führte eine „Sozialistische Feierstunde“ durch, verbunden mit einer Teaturlagerung 15 Genossen, die sich während des 12. Jahre Hitlerterror der Partei die Treue gehalten haben. Die Veranstaltung wurde umrahmt von Musikstücken von Haydn, Marschner und Wieniawski. Die Gedenkrede hielt Bezirkspräsident Friedrich Schmidt. Er sprach über die Umwälzung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens, und gedachte der Toten der Bewegung. Im Anschluß hieran verlas Gen. Brenner die Namen der 75 Genossen, die unter dem Eintrittsdaten in die Partei bekannt. Unter ihnen befanden sich zwei Mitglieder, die schon seit dem Jahre 1896 der Partei angehören, also fast ein Menschenalter im Sinne des Sozialismus tätig waren.

Aus den Gerichtssälen

Kurzer Prozeß machte der Vorsitzende des Stadtgerichts Halle mit den beiden 18jährigen Werner Fanzelow und Kurt Gneist. Die beiden Jugendlichen hatten sich wegen 31 schwerer Einbruchsdiebstähle zu verantworten, die sie im Juni bis Oktober des vergangenen Jahres begangen hatten. Im Jahre 1944 unternehmen die Angeklagten schon ihre Raubzüge. Daraufhin verurteilte das Jugendgericht zu einer unbestimmten Gefängnisstrafe, die zwischen 2 und 4 Jahren liegen sollte. Infolge des Zusammenbruchs saßen aber beide nur 9 Monate ab.

Nicht weniger als 31 mal haben die beiden verurteilten Burschen in Lebensmittel- und Schuhgeschäften, Annahmestellen von Fabrikern und Tabakhändlungen eingetrochen. Mit routinierter Geschicklichkeit entfernten sie die Papp- von den Schaufeln, die als Notwehrgegenstände, und stiegen etc., um sich die besten Sachen herauszuholen. Zuerst aßen sie sich jedesmal anständig satt, darauf warfen sie stückweise Butter an die Decke, öffneten Sirupfässer und ließen den Saft herausrufen, bezuhten außerdem die Läden auf die gemeinste Art und Weise. Koffer- und kistenweise wurden Butter und Büchsenfleisch gestohlen. Ein Posten von über hundert Pralinen, Schokolade, größere Mengen von Dauerwurst und Eiern waren für sie nur nebensächliche Dinge. Auf ihrer Raubgründe besorgten sie sich auch das nötige Bargeld, Rauchwaren, anständige Kleidungsstücke und Schuhe.

Die Verhandlung ergab, daß Fanzelow und Gneist keiner Beschäftigung nachgehen, sie verüben ihre Verbrechen nicht aus Not, sondern leben einfach nur von ihren Diebereien. Im Hinblick auf alle die gemeinen Verbrechen nannte der Vertreter der Anklage Fanzelow und Gneist mit Recht zwei schwer kriminell abgeleitete Jugendliche, die aus Not, sondern Weg sind, die Laufbahn der Berufswegverbrecher einzuschlagen. Es kommt hinzu, daß die beiden Angeklagten nach ihrer Verhaftung zusammen mit dem Gefängnis abgeordnet sind und mit dem 21. Januar abgeurteilt werden. In enger Beziehung standen. Wie sich unsere Leser erinnern können, wurde damals das Verfahren gegen Fanzelow und Gneist wegen ihrer Flucht abgebrochen. Beide Angeklagten hatten bei ihrer Verurteilung das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten, und mußten infolgedessen als Jugendliche abgeurteilt werden. Das Urteil lautete für Fanzelow und Gneist auf 5 Jahre Gefängnis. Außerdem haben sie den Rest der alten Strafe noch abzusitzen.

